

## Neue Ampeln: Steuerzahlerbund schaltet sich ein

Organisation fragt Senator, warum die drei Anlagen an der Kurfürsten- und Richard-Boljahn-Allee direkt neben Fußgängerbrücken stehen

VON ELKE HOESMANN

**Bremen.** Post für Verkehrssenator Reinhard Loske (Grüne): Der Bund der Steuerzahler möchte wissen, warum Bremen drei Ampeln direkt neben Fußgängerbrücken auf der Kurfürstenallee und Richard-Boljahn-Allee errichten ließ. Kosten: eine halbe Million Euro.

In Loskes Behörde reagiert man gelassen auf die Anfrage. „Wir halten die Ampeln für gerechtfertigt“, sagt Ressortsprecher Michael Ortmanns. Sie seien jahrelang von den Beiräten Vahr und Schwachhausen gefordert und „so preiswert wie möglich“ errichtet worden. Aus Kostengründen habe man die alten Brücken stehen gelassen; ein Abriss ginge in die Millionen. Der Steuerzahlerbund werde eine ausführliche Antwort erhalten, kündigte Ortmanns an.

Wie berichtet, können Menschen mit Behinderungen oder Kinderwagen die zwölf Grad steilen Fußgängerbrücken kaum meistern. Der Einbau von Fahrstühlen, den die Handelskammer als Alternative zu Ampeln vorgeschlagen hatte, wäre technisch nicht machbar und wohl auch zu teuer gewesen, sagt Ortmanns. Alle Brücken könnten weiterhin genutzt werden; Entsorgung Nord halte ihren Winterdienst aufrecht.

Seit Oktober gilt Tempo 50 auf dem gesamten Zubringer, im Dezember kamen die drei Ampeln hinzu – das erhitze die Gemüter, brachte die Debatte über Bremer

Verkehrspolitik in Schwung: Was Handelskammer, ADAC und Teile der Opposition als Autofahrer-Schikane und schädlich für Bremen brandmarken, wird von anderen als Lärminderung und barrierefreie Querungshilfe begrüßt.

Ampel-Kritiker informierten den Bund der Steuerzahler in Niedersachsen und Bremen, und der wittert offenbar Verschwendung von Steuergeldern. „Wie rechtfertigt die Stadt Bremen den Einsatz der Haushaltsmittel vor dem Hintergrund der überschuldeten Haushalte?“, heißt es in seinem Schreiben an Senator Loske.

Die Ampel-Kosten seien nicht zu hoch, heißt es im Ressort und beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV). Eine halbe Million

für die barrierefreie Gestaltung der drei Übergänge halte sich im Rahmen, versichert Waltraut Osterloh (ASV). Tiefbauarbeiten für die Stromversorgung seien ebenso nötig gewesen wie Pflasterungen auf der Straße und dem Grünstreifen oder das Absenken von Bordsteinen.

Der Steuerzahlerbund möchte auch wissen, wie viele Fußgänger die neuen Ampelanlagen täglich nutzen. Doch konkrete Zahlen hat das Amt für Straßen und Verkehr noch nicht ermitteln können. Sicher sei aber, dass die Ampeln – sie reagieren auf Anforderung – oft genutzt würden, sagt Tim Campen vom ASV. Berührungssensoren in der Fahrbahn zeigen an, wann der Autoverkehr am besten für eine Rotphase

gestoppt werden kann. Damit aber die Fußgänger nicht zu lange warten, müsse die Grüne Welle für Autofahrer ab und zu unterbrochen werden.

Mit den Ampeln und Tempo 50 verlören Autofahrer drei Minuten Zeit auf dem Weg in die City, schätzen Kritiker wie die Handelskammer. Die Verkehrsbehörde geht von 1,5 Minuten Zeitverzögerung aus; konkrete Zahlen lägen aber noch nicht vor.

Die Umstellung habe bislang weder zu Staus auf dem Autobahnzubringer geführt noch zu größerem Verdrängungsverkehr, hört man beim ASV. Auch mit Beschwerden hielten sich die Autofahrer zurück, hat Waltraut Osterloh festgestellt. Auf der Strecke war zuvor streckenweise 70 erlaubt. Osterlohs Fazit: Die typische „Unmutsphase zur Einführung“ sei vorbei, die Fahrer gewöhnten sich an die neue Situation.

„Es ist ruhiger geworden, die Autos rasen nicht mehr so“, sagt Rolf Diehl, der gerne am Vahrer See spazieren geht. Der ehrenamtliche Vahr-Reporter, dessen Filme auf Radio Weser.TV laufen, ist sicher, dass die ebenerdigen Übergänge gut angenommen werden. „Gerade im Winter ist das für viele eine große Erleichterung.“

Die Polizei hat ihre „Testmessungen zur Entwicklung des Geschwindigkeitsniveaus“ am vergangenen Freitag beendet. Jetzt wird ausgewertet, wie oft zu schnell gefahren wurde. Die erappten Fahrer werden laut Polizei bereits zur Kasse gebeten.



Wurde jetzt vom Bund der Steuerzahler angeschrieben und um Auskunft gebeten: Verkehrssenator Reinhard Loske (Grüne) bei der Inbetriebnahme der drei umstrittenen Ampelanlagen Anfang Dezember.

FOTO: JOCHEN STOSS